

Beilage 14

Region

Zürcher Unterländer

17. Dezember 2020

Parlament Bülach will keine Signale nach Bern senden

Flüchtlingshilfe Bülach soll seine Bereitschaft für die Direktaufnahme von Flüchtenden kundtun, forderte ein linkes Postulat. Die Mehrheit im Parlament fand das nicht gut.

Im April hatte die Aktion «Bülach unterstützt Geflüchtete» die direkte Aufnahme von 20 Geflüchteten durch die Stadt gefordert. Die 100 Unterzeichnenden verlangten zudem die finanzielle Unterstützung von Organisationen mit Schwerpunkt in der Flüchtlingshilfe im ägäischen Raum. Der Stadtrat hat daraufhin 50'000 Franken für Hilfe ins Ausland bezahlt. «Diese finanzielle Hilfe ist lobenswert, doch bezüglich Direktaufnahme hat man an die Zuständigkeit von Bund und Kanton verwiesen», sagte Dominik Berner (SP) am Montagabend im Bülacher Gemeinderat. Deshalb haben SP und Grüne mit einem Postulat nachgedoppelt. Die Forderung: Bülach soll den Bundesrat auffordern, Direktaufnahmen jetzt zuzulassen. «Weil der Bundesrat bisher von Direktaufnahmen absieht, ist es Aufgabe der Gemeinden, ihn zu einem Richtungswechsel zu drängen», sagte Erstunterzeichner Berner. Gleichzeitig müsse die Stadt Bülach zeigen, dass sie bereit sei, die Konsequenzen zu tragen und Flüchtlinge aufzunehmen. Das sei möglich, weil das Asylzentrum Müliweg nicht ausgelastet sei.

Vorpreschen unerwünscht

Conny Brizza (EDU) beantragte, das Postulat abzulehnen. Die Direktaufnahme liege nicht in der Kompetenz des Stadtrats. «Voreiliges Handeln, initiiert durch instrumentalisierte Bürger, bringt nichts.» Dominik Kleiber (EVP) zweifelte ebenfalls daran, dass die Direktaufnahme eine gute Idee sei. «Dafür ist der Bund zuständig.» Es mache keinen Sinn, sich in übergeordnete Politik einzumischen. Deshalb lehne die EVP-Fraktion das Postulat ab.

Claudia Forni (Grüne) rief die prekäre Situation der Flüchtenden in Erinnerung. Nun sei Soforthilfe angezeigt. Die Stadt Bülach solle tun, was sie auf unterster Ebene tun könne, und Bereitschaft zur Aufnahme signalisieren. Sie befürwortete die Überweisung des Postulats. Der Vorstoss im Rat wurde mit 18 Nein- zu 9 Ja-Stimmen abgelehnt, obwohl der Stadtrat sich zuvor bereit erklärt hatte, das Postulat entgegenzunehmen.

«Natürlich bin ich enttäuscht. Ich habe aber nichts anderes erwartet», sagte Berner nach der Sitzung. Doch habe er auf ein wichtiges Thema aufmerksam machen können. Und dank seines Vorstosses habe er erfahren, dass die Stadt grundsätzlich für die Aufnahme von Geflüchteten bereit sei. (dsh)